



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 17/2012
November 2012 (3)

Liebe Leserinnen und Leser,

der Deutsche Bundestag hat sich diese Woche unter anderem mit dem „**Gesetzentwurf zur Strafbarkeit der gewerbsmäßigen Förderung der Selbsttötung**“ beschäftigt.

Nach deutschem Strafrecht ist die eigenverantwortliche Selbsttötung ebenso wie deren Versuch oder die Teilnahme daran straflos, weil sich die Tötung nicht gegen einen anderen Menschen richtet. Es bedarf jedoch der Korrektur, wo eine kommerzialisierte Suizidhilfe Menschen dazu verleiten kann, sich das Leben zu nehmen. Die Fälle nehmen zu, in denen Personen auftreten, deren Anliegen es ist, eine Vielzahl von Menschen in Form einer entgeltlichen Dienstleistung eine schnelle und effiziente Möglichkeit für einen Suizid anzubieten.

Mit dem Gesetzentwurf wird die gewerbsmäßig begangene Suizidhilfe unter Strafe gestellt. Ich finde es wichtig, dass zur Gewährleistung des Lebens am Lebensende den „Geschäften mit dem Tod“ sichtbar und nachhaltig die Grundlage entzogen und der organisierten Suizidbeihilfe entgegengewirkt wird.

Herzliche Grüße,
Ihre Antje Tillmann



Anpassung des Griechenland - Programmes

Aufgrund der aktuellen Lage in Griechenland kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die Schuldentragfähigkeit bis 2020 wieder hergestellt sein wird. Geschuldet ist dies den zweifachen Neuwahlen und der konjunkturellen Entwicklung des Landes. Die Eurogruppe hat daher Lösungen erarbeitet, die im Bundestag intensiv beraten und dann abgestimmt wurden. Diese Anpassungen erscheinen ausreichend, sofern sie gebündelt beschlossen werden:

- Reduzierung der Zinsmarge der Helferländer um einen Prozentpunkt auf 0,5 Prozent
- Reduzierung der griechischen Bürgschaftsprovision für EFSF-Darlehen um einen Zehntelpunkt
- die EFSF-Darlehen an Griechenland werden um 15 Jahre auf 30 Jahre verlängert, die Zinszahlungen werden um zehn Jahre gestundet
- Weitergabe der Margengewinne aus Käufen griechischer Staatsanleihen durch die nationalen Notenbanken an ein Sonderkonto der griechischen Zentralbank, das ausschließlich für den Schuldendienst zur Verfügung steht.

Durch die Zinssenkung beteiligt sich die KfW mit 130 Mio. € jährlich. Die Bundesbank leistet bis 2014 einen Anteil von 1,13 Mrd. €, über die nächsten 20 Jahre insgesamt 2,74 Mrd. €. Griechenland kann mit dem neuen Finanzierungsspielraum alte Staatsschuldenscheine zu einem günstigeren Betrag zurückkaufen, als bei Fälligkeit zu zahlen wäre.

Ifo-Geschäftsklimaindex hellt sich auf

Der wichtigste Frühindikator für die deutsche Konjunkturentwicklung ist nach sechs Rückgängen in Folge erstmals wieder gestiegen. Maßgeblich ist eine leichte Zunahme der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Geschäftslage sowie deutlich weniger Pessimismus hinsichtlich der zukünftigen Geschäftsentwicklung. Ermutigende Signale kommen vor allem von den Exporterwartungen, die sich nach drei Monaten wieder in den positiven Bereich gedreht haben, der sprunghaft verbesserten Geschäftslage im Großhandel, dem aufgehellten Geschäftsklima im Einzelhandel und einer spürbar verbesserten Geschäftssituation bei den Bauunternehmern. (Quelle: ifo-Institut)

Ländliche Räume sichern und ausbauen

Mit dem Antrag „Zukunft für Ländliche Räume – Regionale Vielfalt sichern und ausbauen“ fiel diese Woche der Startschuss für die Umsetzung von insgesamt 105 konkreten Maßnahmen, mit denen die Fraktion bestehende Projekte zu Gunsten der ländlichen Regionen Deutschlands bündeln, Maßnahmen beschleunigen und neue Anregungen geben will.

Für die Fraktion ist der ländliche Raum eine zentrale Frage. Deutschland ist ein Land der Regionen. Anders als bei einigen unserer Nachbarn wird unser Land eben nicht von einer Metropole oder einem Landstrich dominiert. Wir alle leben in und von unserer regionalen Vielfalt. Der überwiegende Teil unserer 3,5 Mio. Betriebe kommt aus Gemeinden und Mittelstädten. Überall in unserem Land sind international erfolgreiche Unternehmen daheim. Diese Breite tut Deutschland gut. Unsere Bürger finden nahezu überall annähernd gleiche Lebensbedingungen vor.

Um diese Vielfalt weiter zu garantieren, haben die Koalitionsfraktionen Entwicklungshemmnisse aufgespürt, Probleme identifiziert und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Daraus resultierend haben wir Maßnahmen in folgenden vier Feldern beschlossen:

1. Verkehrs-, Kommunikations- und Energieinfrastruktur,
2. Wirtschaft und Arbeit,
3. sozialer Zusammenhalt, Betreuung, Gesundheit und Pflege sowie
4. integrierte ländliche Entwicklung.

Schwerpunkt ist eindeutig der Ausbau der Breitbandversorgung. Zehn Prozent mehr Breitbandausbau schaffen 1,5 Prozent mehr Wirtschaftswachstum. Ebenso wichtig sind aber auch Fragen der Daseinsvorsorge oder Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und der privaten Wirtschaft. Ein Hauptanliegen des Antrags ist die Mobilität und die Möglichkeit, Jugendlichen eine berufliche Perspektive auf dem Land zu geben.

Wichtig ist bei all diesen Vorhaben, dass Bund, Länder, Städte, Gemeinden und nicht-staatliche Akteure gemeinsam in Verantwortung stehen.

Verbraucherpolitischer Bericht 2012

Im Verbraucherschutz konnten 2012 große Erfolge von der Koalition erzielt werden.

Zu den konkreten Maßnahmen zählen der Schutz vor Kostenfallen im Internet, die Novellierung des Verbraucherschutzgesetzes, die Kostenfreiheit von Telefonwarteschleifen, die Verbesserung der Lebensmittelkennzeichnung und der Anlegerschutz.

Bundestag fordert mehr Angebote für Hör- und Sehbehinderte

Mit dem Antrag „Barrierefreies Filmangebot umfassend ausweiten – Mehr Angebote für Hör- und Sehbehinderte“ verfolgt die Fraktion das Ziel, alle Beteiligten für die Notwendigkeit der barrierefreien Ausstattung von Filmen zu sensibilisieren. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, Kinos mit barrierefreier Ausstattung besonders zu fördern und die Barrierefreiheit auch in der Filmbranche mehr in den Fokus zu rücken.

Außerdem werden die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu mehr Engagement für ein barrierefreies Filmangebot für Hör- und Sehbehinderte aufgefordert.

Arbeitslosigkeit in Thüringen leicht verringert

Die Arbeitslosigkeit hat sich in Thüringen im November um 84 auf 23.044 Personen geringfügig verringert. Die Arbeitslosenquote betrug demnach 8,2 Prozent, vor einem Jahr hatte sie sich noch auf 8,5 Prozent belaufen. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Bundesweiter Vorlesetag

Es ist mittlerweile zu einer kleinen Tradition geworden, zum bundesweiten Vorlesetag den Family Club auf dem Erfurter Drosselberg zu besuchen.

In diesem Jahr hörte sich die 4. Klasse der Ganztageschule „Astrid Lindgren“ die Geschichte „Guck mal Madita, es schneit“ an. Besonders großen Spaß machte es den Mädchen und Jungen, einzelne Szenen der Geschichte selbst mit dem Schlitten nachzuspielen.



Antje Tillmann beim Vorlesetag im Family Club auf dem Drosselberg in Erfurt

Vorweihnachtliche Zahl der Woche: „14.200“

Deutsche Unternehmen haben innerhalb eines Jahres insgesamt 14.200 Tonnen Lebkuchen im Wert von 44,9 Mio. € exportiert. (Quelle: Destatis)

Impressum

Antje Tillmann MdB
antje.tillmann@wk2.bundestag.de
Redaktion: Sören Grumptmann, 30. November 2012